Rheder Volkszeitung
Bezugspreis: 1,35 Mk. monatlich.
Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeistereiämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 65 | Freitag, den 6. März 1931 | Jahrgang 1931

Tagesfragen.

Der große Redner. In der französischen Kammer hat Briand wieder einmal einen Erfolg errungen, um den ihn mancher seiner europäischen Kollegen beneiden dürfte. In Paris gilt noch, wenigstens im Parlament, der große Redner. Briand verdankt seine Unentbehrlichkeit, die ihn nun seit vielen Jahren in jedes Kabinett als Außenminister geradezu zwingt, nicht zuletzt seiner großen Kunst, das, was er sagen will, und vielleicht auch das, was er unter allen Umständen verschweigen möchte, so vorzutragen, daß auf alle Fälle für die Zuhörer ein ästhetisches Vergnügen daraus wird. Man staunt die Redekunst dieses Mannes an, man bewundert seine Findigkeit, seine Courage, die Eleganz seiner Satzbildung, die Schönheit und begriffliche Faßlichkeit seiner Bilder und Vergleiche und — jubelt ihm zu, ist überredet im vollsten Sinne des Wortes. Minutenlang, so melden die Pariser Berichterstatter, hat die Kammer ihm applaudiert, er hat wieder Ruhe zur Arbeit, er hat den Abgeordneten aus der Seele gesprochen. In Deutschland ist etwas derartiges seltener. Stresemann hatte ohne Frage eine fabelhafte Redegabe. Der einzige wirklich große Redner des gegenwärtigen Kabinetts aber ist Dr. Wirth. Doch ist er als Redner nicht immer der gleiche. Er ist nicht unabhängig von Stimmungen und Verstimmungen, und vielleicht fühlt er sich, wenn er vor einer vieltausendköpfigen Volksversammlung steht, im ganzen wohler, als wenn er im Reichstag spricht, — was man ihm nicht verdenken kann. Ganz anders verhält es sich mit dem Reichskanzler Dr. Brüning. Er ist nicht wie Wirth, Redner von Hause aus, er ist Denker, Grübler, Forscher, Organisator, auch Diplomat. Das öffentliche Reden hat er erst erlernen müssen. Aber er hat es erlernt. Wenn er spricht, lauscht der Reichstag angespannt. Nicht nur, weil es sich um den Kanzler, den verantwortlichsten und einflußreichsten Führer, handelt, sondern auch darum, weil Brüning, bei aller Schmucklosigkeit, ja Härte seiner Sätze, immer etwas Neues zu sagen oder etwas Schwieriges klar zu formulieren weiß. Brüning ist heute, wie alle diejenigen bestätigen werden, die ihn seit Antritt seiner Kanzlerschaft haben reden hören, ein Sprecher von hohen Graden, aber nicht eigentlich ein Redner. Er imponiert und überzeugt als Persönlichkeit, der Zuhörer spürt, daß hier hinter dem Wort ein Gedanke und hinter dem Gedanken ein Mann steht. Das wird auch in steigendem Maße von solchen Seiten anerkannt, die mit dem Zentrum und seinen ideellen Zielsetzungen sonst nichts zu tun haben wollen. Der aufmerksame Leser der Zeitungen, ja sogar der Witzblätter, stößt immer häufiger auf Wendungen und Situationszeichnungen, die in Verbindung mit dem Kanzler nur möglich sind, weil er als politischer Arbeiter, als schöpferischer Staatsmann anerkannt ist. In der „Vossischen Zeitung" stand dieser Tage über Max Reinhardt zu lesen, er gälte bei seinen Altersgenossen als der Brüning des Theaters. Ein hohes Lob für Brüning, denn daß Reinhardt für das Theater eine geschichtliche, vielleicht, trotz allem, säkuläre Erscheinung ist, wird wohl nirgendwo geleugnet. Und im „Simplizissimus", der Münchener satirischen Zeitschrift mit der scharfen bissigen Zunge, sieht man Kiebitze um einen Wachmeister herumstehen, und der Text zu diesem Bilde lautet, selbst in gefährlichster Situation sich zu stellen, als mache es nichts, habe der Meister von Brüning gelernt. Wir haben also in Deutschland den interessanten Fall, daß trotz aller Zerspaltung, das Format eines Mannes anerkannt wird. Das gleiche wird auch für Briand gelten. Auch Briand ist nicht etwa nur Redner oder gar nur Causeur. Auch er sieht, wie Brüning, Wirth und andere in Deutschland und anderswo, die Dinge in großen Zusammenhängen. Gerade seine jüngste Rede beweist es. Briand betrachtet das Verhältnis seines Landes zu uns nüchtern, aber nicht ohne Sympathie. Er ist Franzose durch und durch, doch auch Europäer genug, um anderen ihren Platz zu gönnen. Freilich kommt bei ihm immer und unter allen Umständen zuerst Frankreich, dann die ehemaligen Bundesgenossen und dann erst, vermutlich in weitem Abstande, Deutschland. Aber er erkennt, daß dieser Abstand überbrückt werden muß. Er sieht die Gefahren, die in einer ewigen Verfeindung der beiden Nachbarn naturnotwendig beschlossen liegen, und darum sucht er uns soweit entgegenzukommen, wie es absolut notwendig ist, damit Frankreich keinen Schaden erleidet. Eine solche Gesinnung kann uns nicht begeistern, aber man muß sie anerkennen. Denn Briand ist unter den Raben in der französischen Politik sicher derjenige, der die hellste Farbe zeigt. Was gewesen ist, mag er nicht vergessen, aber er sieht auch, was sich entwickelt hat. Für Stresemann empfand er wohl wirklich aufrichtig, und auch in dessen Nachfolger Dr. Curtius erkennt er den ehrlichen Staatsmann, der für sein Land zu arbeiten hat und von dem man nicht die Vertretung französischer Interessen verlangen kann. Wenn Briand seinen Kollegen im Parlament solche Erkenntnisse zum besten gibt, ist er allemal noch in Gefahr, deswegen ausgepfiffen zu werden. Trotzdem sagt er, was er für notwendig hält, und das sollten auch wir anerkennen.

★

Die Bezahlung der ersten Hilfe. Angeregt durch den vor einigen Tagen an dieser Stelle veröffentlichten und kurz kommentierten Gerichtsbericht aus Kassel, der ein erschütterndes Bild von dem Versagen der Behörden bei einem arbeits- und wohnungslos gewordenen Landarbeiterehepaar mit zwei kleinen Kindern gab, schickt uns ein Landarzt eine Zuschrift, die sich ebenfalls mit dem Versagen von Behörden befaßt, in dem Falle nämlich, wo es sich um die Bezahlung der ersten Hilfe bei schweren Erkrankungen und Verletzungen handelt. Die Zuschrift befaßt sich mit einer Frage, die angesichts der vollkommenen Mittellosigkeit eines großen Teiles der Bevölkerung und im Hinblick auf den gebührenpflichtigen Krankenschein, obwohl es für diesen u. a. gerade auch in dringenden Fällen wichtige Ausnahmen gibt, heute besondere Bedeutung hat. Zunächst ein paar Fälle, die aus der Tagespresse der letzten Zeit entnommen sind:

Ein 60jähriger Bergmann wurde von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Der Arzt, zu dem der Verletzte gebracht wurde, lehnte die Behandlung ab, da ihm kein Schein für die Uebernahme der Kosten gegeben werden konnte. Der Kranke wurde auf die nächstgelegene Polizeiwache verwiesen, die sich jedoch für unzuständig erklärte, da sich der Unfall nicht in ihrem Amtsbezirk ereignet habe. Nach langem Hin und Her, leider aber zu spät, veranlaßte die für die Unfallstelle örtlich zuständige Polizeiwache die Ueberführung in ein Krankenhaus, wo der Verletzte nach kurzer Zeit starb. — Ein anderer Fall: Ein schwerkranker, sofortiger Operation bedürftiger Mann wird ins Krankenhaus eingeliefert. Man kann den Aufenthalt weder ablehnen noch den lebensrettenden Eingriff hinauszögern, bis der Verpflichtungsschein des Fürsorgeverbandes beschaffen ist. Die Verhandlungen mit dem Fürsorgeverband ziehen sich in die Länge. Inzwischen ist der mittellose Patient geheilt. Er legt die Rechnungen der zuständigen Stelle vor, und diese lehnt die Bezahlung mit der Begründung ab, daß die Fürsorgestellen zur Bezahlung von Schulden, zu denen auch Operationskosten gehören, nicht verpflichtet seien. — Vor kurzem ging ein Bericht durch die Zeitungen, wo ein Kind einer Witwe mit einer schweren Blinddarmentzündung in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Aufenthalt im Krankenhaus zwei Monate. Auch hier fehlte die Bescheinigung des Fürsorgeverbandes. Daher wurde die Bezahlung abgelehnt. Krankenhaus und Arzt wurden dadurch für ihre Menschenfreundlichkeit bestraft.

Derartige Vorfälle, so bemerkt hierzu der Verfasser der erwähnten Zuschrift, sollten in heutiger Zeit, wo so viele unter dem Drucke wirtschaftlicher Not leiden, nicht vorkommen. Nach dem Gesetz hat jeder Deutsche — gleichviel ob er krankenversichert ist oder nicht — im Falle der Hilfsbedürftigkeit einen öffentlichrechtlichen Anspruch auf Krankenhilfe. Für die Erfüllung dieses Anspruches hat an erster Stelle der örtlich zuständige Fürsorgeverband aufzukommen. Es scheint jedoch nicht genügend bekannt zu sein, daß dieser örtlich zuständige Fürsorgeverband stets für die notwendige Hilfeleistung aufzukommen hat, wenn bei einem schwer Verletzten oder sonst plötzlich Erkrankten dringende ärztliche Hilfe erforderlich ist. Die Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß, wie oben geschildert, manche Fürsorgeverbände die Bezahlung der Kosten ablehnen, wenn keine polizeiliche Bescheinigung der Dringlichkeit vorliegt oder wenn unterlassen ist, die Aufnahme ins Krankenhaus innerhalb zwei Tagen beim Fürsorgeamt zu melden. Man kann den Krankenhäusern und den Aerzten, die wiederholt in solchen Fällen um den wohlverdienten Lohn gebracht wurden, nicht verübeln, wenn sie die Aufnahme ins Krankenhaus von der Beibringung einer Bescheinigung abhängig machen. Damit aber ein Kranker rechtzeitig ärztliche Hilfe und Krankenhausbehandlung erlangt, ist es höchste Zeit, daß die Fürsorgeverbände im Benehmen mit Krankenhaus und Aerzteorganisationen Vereinbarungen treffen, daß ein Verletzter oder Schwererkrankter nicht aus Unkenntnis oder Bequemlichkeit untergeordneter Stellen Schaden leidet. So beschwerte sich vor kurzem eine Frau, deren Mann Invalide ist, und plötzlich schwer erkrankte, daß der zuständige Ortsvorsteher die erbetene Bescheinigung ablehnte mit der fadenscheinigen Begründung, das dürfe er allein nicht, er müsse das der Gemeindevertretung vorlegen, die Sitzung sei in vier (!) Wochen. Man fragt sich hier nur: Ist dieser Ortsvorsteher so dumm, daß er die einschlägigen Bestimmungen nicht kennt, oder will er sich „klug und weise" wie der Bürgermeister im „Zar und Zimmermann" feige vor dieser Verpflichtung drücken, um nachher festzustellen, daß, wie ein Landratsamt auf eine Beschwerde schrieb, „Zahlung nur dann erfolgen kann, wenn unmittelbar, d. h. spätestens 48 Stunden nach der Hilfeleistung der Ortsarmenverband die Rechnung erhalten habe"? Ernst und schwer sind die Zeiten, und bei den Krankenkassen mehrt sich in erschreckender Weise die Zahl der arbeitslosen Mitglieder. Viele freiwillige Mitglieder treten aus, weil sie die Beiträge nicht mehr erschwingen können. So wird die Zahl der Bedürftigen immer größer und damit die Wiederholung oben geschilderter Fälle immer häufiger. Höchste Zeit ist es, daß hier Vereinbarungen getroffen werden, damit derartige Fälle sich nicht wiederholen.

Zollerhöhung für Roggen.

:: **Berlin**, 5. März.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichsminister der Finanzen geben bekannt, daß der Zoll für Roggen mit Wirkung vom 6. März von 15 ℳ auf 20 ℳ je Doppelzentner erhöht wird. Wie der DHD hierzu hört, ist die Maßnahme der Reichsregierung darauf zurückzuführen, daß man die Einfuhr größerer Mengen Rußland-Roggen befürchtete, zumal der Kampffmeyer-Konzern soeben einen großen Abschluß auf Russen-Roggen getätigt hat. Einen preissteigernden Einfluß auf den Inlandsroggen kann der Zoll von 20 ℳ nicht haben, da die Inlandsvorräte mehr als genügen, um jede Nachfrage zu befriedigen.

Von Konfliktsstimmung im Reichstag nichts zu spüren.

Die Deutsche Volkspartei und Dr. Wirth.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 5. März. (Drahtb.)

Die politische Lage hat sich am Donnerstag nicht geändert. Noch immer finden Verhandlungen statt, um die kleinen Steine, die herangerollt sind, aus dem Wege zu räumen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung, den hinter der Regierung stehenden Parteien und der Sozialdemokratie werden voraussichtlich noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Einige Beachtung wurde den Vorgängen im Haushaltsausschuß geschenkt, wo die Sozialdemokraten gemeinschaftlich mit den Kommunisten die Annahme mehrerer Entschließungen gegen die Vertreter der hinter der Regierung stehenden Parteien durchsetzen konnten. Die Entschießung fällt jedoch erst im Reichstagsplenum, und somit sind die Versuche der Rechtspresse, immer wieder einen Konflikt zwischen Kabinett und Sozialdemokratie an die Wand zu malen, sowohl unsinnig wie lächerlich. Auf der ganzen Linie ist nach wie vor von einer Konfliktsstimmung nichts zu verspüren. Es ist auch nicht zu erwarten, daß es zu einem Abbruch der Verhandlungen kommen wird. Die Sozialdemokraten werden ohne Zweifel einsehen, daß der mittlere Weg der beste ist. Wenn von einem Gefahrenmoment gesprochen werden kann, so ist es der Panzerkreuzer B. Aber auch in dieser Frage wird sich eine Regelung finden lassen.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern gab es eine kleine Ueberraschung. Allgemein fiel es auf, daß es die Deutsche Volkspartei für geschmackvoll und zweckmäßig gehalten hatte, als Redner den Abgeordneten Schmid-Düsseldorf vorzuschicken, der als Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete lange Zeit hindurch der engste Mitarbeiter des jetzigen Reichsinnenministers Dr. Wirth war. Durch den Mund des Abgeordneten Schmid ließ die Volkspartei erklären, daß die politische Gesamthaltung des Reichsinnenministers mit den Entscheidungen der Deutschen Volkspartei nicht übereinstimme und daß sie nur mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Reichskanzlers im Augenblick keine Schwierigkeiten machen wolle. Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Aber die Bemerkung ist doch wohl erlaubt, daß als Wortführer der Deutschen Volkspartei ein anderer Abgeordneter besser am Platz gewesen wäre.

Die Etatsrede des Reichsinnenministers stand auf beachtlicher Höhe. Wesentlich neue Gesichtspunkte können allerdings nicht erwartet werden, da Dr. Wirth im Haushaltsausschuß zu allen Fragen bereits eingehend Stellung genommen hat. Aber trotzdem verstand er es, die von ihm betriebene Politik gegen alle Angriffe geschickt zu verteidigen. Den Höhepunkt dieser Ausführungen bildete unstreitig der Teil, der sich mit der volksverhetzenden Tätigkeit der kommunistischen Gottlosenabende befaßte. Im Namen der christlichen Kultur ist es auf das lebhafteste zu begrüßen, daß der Reichsinnenminister gegen diese Auswüchse barbarischer Roheit mit schärferen Mitteln als bisher vorgehen will. Die Kommunisten werden zwar, wie es der Abgeordnete Torgler bereits am Mittwoch tat, ein lautes Geheul über Vergewaltigung der Geistesfreiheit anstimmen, aber die Mehrheit des deutschen Volkes ist doch innerlich noch so gesund, daß sie bolschewistische Unkultur mit Entschiedenheit ablehnt. Im Interesse dieser Volksmehrheit wird der Reichsinnenminister handeln.

★

Die Zentrumsfraktion für den Panzerkreuzer B.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 5. März. (Drahtb.)

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt am Donnerstag nach Schluß der Plenarversammlung eine Sitzung ab. Das Thema der Aussprache lautete: Panzerkreuzer B. Nach einer längeren Debatte konnte der Vorsitzende feststellen, daß die ganze Fraktion einheitlich aus nationalem Interesse für die im Etat vorgesehene Rate zum Bau des Panzerkreuzers B ist.

★

Sozialdemokratie fordert Wehrbeitrag für Bau des Panzerschiffes.

◇**Berlin**, 5. März.

Der Schwerpunkt der heutigen Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und dem Reichskabinett lag in einer Besprechung der Steuersachverständiger. Es handelte sich dabei um die Frage, ob es möglich ist, von Steuerzuschlägen auf die höheren Einkommen und Vermögen eine Verständigung über eine Art Wehrbeitrag zu finden, durch den das Panzerschiff „B" finanziert werden könnte. Nach Informationen von gut unterrichteter anderer Seite sind die Aussichten für eine Verständigung auf dieser Basis recht gering. Der Kanzler selbst dürfte Wert darauf legen, unter allen Umständen ein langes Feilschen um Zugeständnisse zu vermeiden. Es ist wahrscheinlich, daß er den Sozialdemokraten schon morgen in diesem Sinne seinen Standpunkt bekanntgibt.

Dr. Wirth über den Kulturbolschewismus.

Ankündigung energischen Einschreitens gegen die Gottlosenpropaganda.

Ernste Warnung an die thüringische Regierung.

× **Berlin**, 5. März.

Im Reichstag wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fortgesetzt.

Abg. Schmid-Düsseldorf (D. Vp.) betont, daß die politische Gesamthaltung des Innenministers Dr. Wirth mit den Anschauungen der Deutschen Volkspartei keineswegs übereinstimme. Wenn die Partei in diesem Augenblick die politischen Konsequenzen daraus nicht ziehe, dann sei dafür die Rücksicht auf die politische Lage und die Persönlichkeit des Reichskanzlers maßgebend. Der thüringer Polizeikostenstreit habe zu einer nur mühsam verhehlten Niederlage des Ministers geführt. Gegen ein ähnliches Vorgehen in Braunschweig habe die Volkspartei rechtzeitig beim Reichskanzler intervenieren können. Andererseits habe der Minister bei der Aufklärung gewisser Vorkommnisse in der preußischen Polizei außerordentliche Zurückhaltung beobachtet. Der Redner wandte sich dann gegen den Wahlreformentwurf des Ministers. Eine wirkliche Wahlreform dürfe an den Grundfragen des Wahlalters und des Verhältniswahlsystems nicht vorübergehen. Praktisch laufe der Entwurf auf eine Mundtotmachung der bürgerlichen Mitte hinaus. Der Redner verlangte, daß der kommunistischen Gefahr nachdrücklicher entgegengetreten werde. Zum Nationalsozialismus erklärte er, daß man die glühende nationale Leidenschaft und die ideellen Momente in dieser Bewegung nicht verkennen könne. Sie sei zudem eines der festesten inneren Bollwerke gegenüber dem Kommunismus (?). Den gegenwärtigen politischen Zustand in Preußen empfinde die Deutsche Volkspartei als unerträglich. Sie werde sich deshalb nachdrücklich für das vom Stahlhelm eingeleitete Volksbegehren einsetzen. Der Reichsinnenminister müsse als Verfassungsminister für die ungestörte Durchführung dieses Volksbegehrens ein wachsames Auge haben.

Reichsinnenminister Dr. Wirth: Ich habe mit meinen Ausführungen gewartet bis zu den Ausführungen meines verehrten Mitarbeiters Herrn Schmid. Ich bin ihm dankbar, daß er anerkannt hat, wie loyal ich mich an die Richtlinien der Politik gehalten habe, die nach der Verfassung der Reichskanzler aufstellte. In diesem Rahmen liegt auch mein Verhalten in der thüringer Polizeiaffäre.

Der Abgeordnete Schmid nimmt zu diesen Dingen eine andere Stellung ein als sein Parteifreund von Kardorff,

von dem das Wort von der „thüringischen

Zwangsehe" stammt und der auch gesagt hat, es tue ihm in der Seele weh, wenn er seine politischen Freunde in Thüringen in dieser Gesellschaft sehe. (Sehr gut!) Ich habe die Polizeigeldersperre für Thüringen aufgehoben und bin deswegen von links und einem Teil der Mitte angegriffen worden. Ich habe es getan, nachdem in dem Vergleich mit Thüringen uns der thüringische Staatsminister Baum die nötigen Zusicherungen gemacht hat. Die Herren von der äußersten Rechten haben die Flucht aus der Politik vollzogen, ein Kollektivschritt, wie er nur im Volk der Dichter und Denker möglich ist. Das sinnlose Gerede von einem Bürgerkrieg ist geeignet, die schwere Wirtschaftskrise noch zu verschärfen, unter der unser Volk leidet. Es ist nun der phantastische Plan erörtert worden,

ein Parlament der nationalen Opposition in Weimar

aufzumachen. Wenn die Herren der nationalen Opposition zusammenkommen wollen, so haben wir nichts dagegen, dazu stehen ihnen auch Säle im Reichstag zur Verfügung. Etwas anderes ist es aber, wenn Herr Dr. Frick als Minister eines Landes vor die Jugend hintritt und mit dem Gedanken dieses Gegenparlaments in Weimar spielt. Wenn dieser Gedanke zu vorbereitenden Handlungen führen sollte, so wäre das eine revolutionäre Tat, und gegen diese revolutionäre Tat müßte das eingesetzt werden, was als

Reichsexekution

schon einmal gegen Thüringen eingesetzt worden ist. (Abgeordneter Möricke (Komm.): „Ach, Sie Schwächling!" — Abgeordneter Möricke erhielt einen Ordnungsruf.) Uns ist es nur darum zu tun, die Ordnung im Volke aufrecht zu erhalten. Darum werden wir nachdrücklich gegen jede Vorbereitung revolutionärer Handlungen einschreiten.

Man sollte in Thüringen darauf achten, daß nicht die Grenze überschritten wird, über deren Einhaltung die Reichsregierung zu wachen hat.

Es wäre gut, wenn Abgeordneter Schmid mit seinem Freund von Kardorff eine Expedition nach Thüringen unternehmen würde, um die Herren dort in diesem Sinne zu ermahnen. (Beifall.) Dr. Frick hat gesagt, über das Weimarer Nationaltheater habe er zu verfügen und nicht ich. Auf der anderen Seite möchte man aber einen Reichsbeitrag für dieses Theater haben. Ich nehme an, daß keine Reichsgelder verwandt werden sollen zum Aufspielen einer solchen Farce. (Beifall.) An die Braunschweiger Regierung haben wir wegen der bekannten Vorgänge geschrieben. Wir warten auf die Antwort und werden sie dem Hause mitteilen.

Wenn die Krise des Parlaments nicht zu einer Staatskrise werden soll, dann müssen wir mit einer Wahlreform vorgehen.

Wenn wir sie so machen sollen, daß keine der jetzt bestehenden Parteien davon Schaden zu erwarten hat, dann würden wir niemals die Wahlreform zustandebringen. Im Rundfunk lassen wir alle Richtungen zu Wort kommen, auch die Opposition. Es geht freilich nicht an, daß am Schluß einer durch den Rundfunk übertragenen Freidenkerveranstaltung angedeutet wird, die Konsequenz müsse der Austritt aus den Kirchen sein. Es muß in solchen Veranstaltungen der Geist wahrer Toleranz gewahrt werden. Es hat keinen Zweck, nochmals ein Schulgesetz einzubringen, wenn man weiß, daß unter den jetzigen Verhältnissen doch nichts dabei herauskommen wird. Die Polemik des Abgeordneten Schmid gegen die Auswüchse der Nationalsozialisten war etwas kurz geraten. Was sich hier an sogenanntem Neuen regt, ist doch recht bedenklicher Natur. Der nationalsozialistische Führer Rosenberg schreibt in einem dicken Wälzer, die Idee der nationalen Ehre vertrage keine gleichwertige Kraft neben sich, weder die christliche Liebe, noch die Humanität, noch die römische Philosophie.

Dieses geschundene, geplagte deutsche Volk bedarf doch wirklich der christlichen Barmherzigkeit, die von den Nationalsozialisten abgelehnt wird.

Was in den nationalsozialistisch verhetzten Kreisen der Studentenschaft sich bei so vielen Gelegenheiten zeigt, das ist nicht frischer Jugendgeist, sondern eine Verrohung, die mit deutschem Kulturgut nichts zu tun hat. (Sehr wahr!)

Es ist dringend notwendig, die Schulen und Universitäten wieder zu entpolitisieren.

Der Minister wandte sich dann scharf gegen die kirchenfeindliche Agitation der Kommunisten und kündigte die Anwendung der staatlichen Machtmittel gegen solche Propaganda an.

Von den Kommunisten wurden diese Ausführungen mit lauten Protestkundgebungen begleitet. Minister Dr. Wirth antwortete: „Wenn Sie das nicht anhören können, dann gehen Sie doch an die frische Luft!" Abgeordneter Jadasch (Komm.) protestierte in lauten Zurufen gegen diese Bemerkung und wurde nach wiederholten erfolglosen Ruhemahnungen vom Präsidenten Löbe aus der Sitzung verwiesen.

Diese Roheitsauswüchse, so hob der Minister mit Nachdruck hervor, müssen so schnell wie möglich beseitigt werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Lärm bei den Kommunisten und Zuruf: „Einen so rohen Menschen wie Sie gibt es ja garnicht!" Der kommunistische Zwischenrufer erhielt wegen des gleichen Zwischenrufs zwei Ordnungsrufe.)

Der Minister führte dann aus der Roten Fahne Artikel an, um darzulegen, daß gegen ihn von kommunistischer Seite in der gestrigen Sitzung sehr zu Unrecht scharfe Angriffe gerichtet worden sind. Die Rote Fahne verweist auf die Bedeutung der satirischen Darstellung. Wenn gerade in den letzten Wochen in steigendem Maße in den sogenannten

Gottlosenabenden

Priester im Ornat mit dem Kreuz nicht nur schmählich behandelt werden, sondern in ihnen alles heruntergerissen wird, so muß ich schon sagen, daß unsere bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nicht genügt haben, um diesen Auswüchsen barbarischer Roheit entgegenzutreten. (Lärm bei den Kommunisten.) Das uns vorliegende Material umfaßt Angriffe gegen alles, was an religiösen Werten überhaupt vorhanden ist. Ich glaube auch im Namen eines großen Teiles der Arbeitslosen zu sprechen, die sich diese Art und Weise der Beschimpfung des christlichen Glaubensgutes und der christlichen Sitte nicht länger gefallen lassen wollen. (Lebhafte Zurufe von den Kommunisten.) Sie (zu den Kommunisten) können sich organisieren und auf gesetzlicher Grundlage bewegen, um die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen zu erreichen, aber hier geht es ja um etwas ganz anderes. Die Verhältnisse in Rußland liegen durchaus nicht so, wie sie Herr Torgler gestern hier dargestellt hat. Dort gilt das Prinzip, daß ein christlicher Tempel überhaupt keinen Platz mehr haben soll. (Fortgesetzte Zurufe bei den Kommunisten.)

Ich werde an die Länder das Ersuchen richten, mit allen Mitteln dieser erbärmlichen Verhetzung in den Gottlosenabenden ein Ende zu bereiten.

(Beifall. — Großer Lärm bei den Kommunisten. — Ordnungsruf des Präsidenten.) Wir werden mit aller Energie einschreiten gegen diese Unkultur! (Beifall.) In einem „Tischgebet" wird der Heiland in einer Weise behandelt, daß es mir nicht möglich ist, die Verse hier vorzulesen. Es handelt sich um einen barbarischen Einbruch in das Geistesleben unseres Volkes. (Abg. Torgler (Komm.): „Hören Sie bloß mit Ihrem Geistesleben auf! — Fortgesetzt Zurufe bei den Kommunisten.) Die Entscheidung über die Frage der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem russischen Volk steht in dieser Stunde nicht zur Debatte (Lachen bei den Kommunisten), das ist Sache des Außenministers. Tatsache ist, daß die in Deutschland vorhandene Opposition gegen politische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland von den deutschen Kommunisten nicht nur erschwert wird, sondern daß diese die Opposition gegen diese Zusammenarbeit geradezu herausfordert. (Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Petzold (W. P.) beanstandete die wahllose Aufstellung von Automaten mit Schutzmitteln. Die Einführung von Gesundheitspässen für alle Deutschen empfehle sich nicht.

Abg. Dr. Strathmann (Chr. Soz.) protestierte gegen die Verlegung der Gottlosenzentrale nach Berlin. Der Kulturbolschewismus sei leider kein Schlagwort, sondern eine sehr ernste Gefahr für die menschliche Gemeinschaft

Gegen diese Art der Religionsbekämpfung müssen die staatlichen Machtmittel angewandt werden,

auch das Machtmittel der Zensur, wenn es nicht anders geht. Die Verschmelzung von Christentum und Volkstum wird neuerdings gestört durch eine Art völkischen Naturalismus. In Rosenbergs nationalsozialistischem Programm wird die Gedankenwelt des Christentums vollständig abgelehnt. Rosenberg leistet sich den ungeheuerlichen Satz, das Sündengefühl sei nur eine Begleiterscheinung völkischer Bastardierung. Zynisch spöttische Bemerkungen gegen das Christentum finden sich auch in den Schriften anderer nationalsozialistischer Führer.

Abg. Dr. Windschuh (St. P.): Man muß dem Minister dankbar dafür sein, daß er auf die Gefahren des Kulturbolschewismus hingewiesen hat. Kulturkritik ist notwendig, aber sie darf nicht wesentlich zynisch und skeptisch alte Kulturwerte herunterreißen, ohne neue Normen in den Leerraum zu stellen.

Es hat sich ein Salonbolschewismus und Smokingkommunismus breitgemacht,

Zulassung des Stahlhelm-Volksbegehrens

Eintragungsfrist vom 8.–21. April.

⊙ **Magdeburg,** 5. März.

Auf dem vom Stahlhelmbund der Frontsoldaten gestellten Antrag, auf Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Preußischen Landtags, hat der preußische Minister des Innern, Severing, dem ersten Bundesführer des Stahlhelm, Fr. Seldte, unter dem 4. März mitgeteilt, daß er die Auflegung von Eintragungslisten für ein Volksbegehren „Landtagsauflösung" bei den Gemeindebehörden zugelassen habe. Die Bekanntmachung der Zulassung wird am 10. März im Deutschen Reichsanzeiger und im Preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht. Landeswahlleiter ist der Präsident des Preußischen Statischen Landesamtes, Geh. Oberregierungsrat Dr. Saenger, sein Stellvertreter der Vizepräsident dieses Amtes, Dr. Höpker.

*

Die Bestimmungen zum Eintragungsverfahren.

× **Berlin,** 5. März.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt zu der Zulassung des Volksbegehrens „Landtagsauflösung" u. a. folgendes mit: Alle beteiligten Behörden haben die Vorbereitungen für die Durchführung des Eintragungsverfahrens sofort in die Wege zu leiten. Die für die Eintragungen notwendigen Eintragungslisten werden den Gemeindebehörden von den Vertrauenspersonen oder ihren Beauftragten zugesandt werden. Die Gemeindebehörden dürfen die Annahme der Eintragunslisten nicht verweigern. Der Empfang ist unverzüglich zu bestätigen.

Die Auslegung der Listen wird in der Eintragungsfrist, die vom 8. 4. bis 21. 4. läuft, hat zu erfolgen. Werden die Eintragungslisten erst nach Beginn dieser Frist oder so kurz vorher bei der Gemeindebehörde eingereicht, daß eine rechtzeitige Auslegung nicht mehr durchführbar ist, so verkürzt sich die Eintragungsfrist dementsprechend. Alle Eintragungsberechtigten der Gemeinden müssen die Möglichkeit haben, innerhalb der festgesetzten Frist sich in die Listen einzutragen. Im Falle des Bedürfnisses können auch für Kranken- und Pflegeanstalten besondere Einrichtungen getroffen werden.

Die Gemeindebehörden haben durch Anschlag oder auf sonst ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo, an welchen Tagen und zu welchen Tagesstunden die Unterschriften in die Listen eingetragen werden können. Es ist unzulässig und kann die Ungültigkeit der Eintragungen bewirken, wenn sie außerhalb der bekanntgegebenen Eintragungszeiten oder Räume vorgenommen werden.

Die Eintragungsräume müssen während der Eintragungsstunde stets mit einem Beamten der Gemeinde besetzt sein. Erfolgen Eintragungen während der Abwesenheit der Amtspersonen die mit der Durchführung der Eintragung betraut sind, so sind sie ungültig. Der Eintragungsschein darf nur von der Eintragungsbehörde des Wohnortes und nur nach Prüfung der Eintragungsberechtigung ausgestellt werden und zwar in der Zeit vom 11. 3. bis 7. 4. 31. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Ausstellung unzulässig. Die Eintragungen sind bei Vermeidung der Ungültigkeit eigenhändig vorzunehmen. Eine in der Eintragungsliste einmal abgegebene Unterschrift kann nicht zurückgenommen werden. Nach Ablauf der Eintragungsfrist haben die Gemeindebehörden die Eintragungslisten unverzüglich abzuschließen und sie den Vertrauenspersonen oder ihren Beauftragten eigenhändig auszuhändigen.

Reichstagsausschuß fordert 40stündige Arbeitswoche mit Lohnausgleich.

Stegerwald über den Wohnungsbau.

● **Berlin,** 5. März.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde bei der Weiterberatung über den Etat des Reichsarbeitsministeriums das Kapitel über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung angenommen.

Zu diesem Kapitel wurde eine sozialdemokratische Entschließung mit den 13 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die 11 Stimmen der Vertreter der anderen, im Ausschuß noch vertretenen Fraktionen angenommen, wonach die Reichsregierung ersucht wird, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine

Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahrtserwerbslose in einem Gesetz

vorsieht.

Ferner wurde mit den gleichen Stimmen eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, wonach die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorlegen soll, der die Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldung offener Stellen zur zwingenden Vorschrift macht. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, die Kinderarbeit auszuschalten.

Darauf wurde das Kapitel über Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Schlichtungswesen behandelt. — Angenommen wurde auch eine sozialdemokratische Entschließung, die die

gesetzliche Einführung der 48-Stundenwoche einschließlich Berufsschulunterricht für jugendliche Arbeitnehmer unter 18 Jahren und Verbot der Nachtarbeit

fordert.

Ministerialdirektor Dr. Sitzler (Reichsarbeitsministerium) teilte mit, auf dem Gebiete der Wöchnerinnenfürsorge werde durch das Hausgehilfinnengesetz, das dem Reichstag in der nächsten Zeit wieder zugehen werde, ein gewisser Fortschritt erzielt. Eine starke Einschränkung der Kinderarbeit sehe der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes vor. Es sei aber verfehlt, von der Einschränkung der Kinderarbeit eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu erwarten, da die Kinderarbeit zahlenmäßig eine sehr geringe Rolle spiele. Die Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosenfrage beschäftigt sich auch eingehend mit der Frage der Arbeit der Jugendlichen und der Kinder. Der kommunistische Vorschlag, in arbeitsgerichtlichen Prozessen jeden beliebigen Vertreter der Parteien zuzulassen, sei praktisch undurchführbar. Für den Bauarbeiterschutz seien gemeinsame und gleichmäßige Unfallverhütungsvorschriften der einzelnen Länder durchgeführt. An der Musterarbeitsverordnung werde z. Z. gearbeitet. Den Zementschädigungen sowie überhaupt der Frage der durch den Beruf herbeigeführten Hautkrankheiten widme das Ministerium besondere Aufmerksamkeit. Im übrigen sei der Bauarbeiterschutz in Deutschland besonders gut geregelt.

Ministerialdirektor Weigert (Reichsarbeitsministerium) gab glatt dem Abgeordneten Lambach zu, daß in der internationalen Arbeitsorganisation die Minderheitsorganisationen der Arbeitnehmer nicht in dem Maße zur Geltung kommen, wie es in Deutschland der Fall ist. Bei der deutschen Regierung und auch bei dem deutschen Arbeitnehmervertreter hätten die Wünsche der Minderheiten immer Verständnis gefunden. Es sei

dringend erforderlich, daß das deutsche Personal im internationalen Arbeitsamt wesentlich verstärkt werde.

Angenommen wurde eine Entschließung des Zentrums, die zum Schutze der jugendlichen Arbeitskraft baldigst einen Gesetzentwurf verlangt, der Arbeitszeit, Sonntagsruhe und Urlaub der jugendlichen Arbeitnehmer unter 18 Jahren regelt. Auf Antrag des Zentrums wurde auch der Beihilfenfonds für Ausbildung von Personen, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zur Vertretung der Arbeitnehmer berufen werden, um 200 000 Reichsmark auf 400 000 Reichsmark erhöht. Um 200 000 Mark wurde statt dessen der Fonds zur Förderung der Landarbeiterkleinsiedlung gekürzt.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Sozialdemokraten, worin

die 40stündige Arbeitswoche mit Lohnausgleich gefordert

wird. Ueberstunden sind zu verbieten oder mit Beitragszuschlägen zur Arbeitslosenversicherung zu belasten. Weiter wurde eine Entschließung der Deutschen Volkspartei angenommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß, abgesehen von tarifvertraglichen Abweichungen,

die Besoldung der Angestellten in festen Monatsbezügen festzusetzen

ist. Der Arbeitgeber soll nicht berechtigt sein, durch Verzicht auf Arbeitsstunden ein vereinbartes Monatsendgeld zu kürzen. Schließlich wurde noch eine Resolution des Zentrums angenommen, auf dem Wege der Gesetzgebung Ueberstunden auf das äußerste zu beschränken und eine bessere Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit im Benehmen mit den Verbänden herbeizuführen, wo die Möglichkeit dazu besteht.

Es folgte die Beratung des Wohnungs- und Siedlungswesens.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald wies darauf hin, daß der Reichshaushalt und die Haushalte der Länder und Gemeinden mit äußerster Sparsamkeit hätten aufgestellt werden müssen. Das habe zunächst zur Folge gehabt, daß öffentliche Bauten nicht mehr in dem Umfang ausgeführt werden könnten, wie in den letzten Jahren. Die Gemeinden hätten ihre Bauten in großem Maße vorfinanziert. Deshalb müsse die Reichsregierung nunmehr überlegen, wie die kurzfristigen Anleihen, mit denen gebaut worden sei, in langfristige umgewandelt werden könnten. Die Kardinalfrage sei die,

wie man auf dem Kapitalmarkt zweitstellige Hypotheken beschaffen könne.

Die Lösung dieser Frage hänge aber wiederum davon ab, in welchem Maße die Gesamtsanierung der Reichsfinanzen gelänge. In der letzten Zeit sei insbesondere dem Kleinstwohnungsbau besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Den Ausführungen des Abgeordneten Schlack über eine besondere Fürsorge für kinderreiche Familien stimmte der Minister zu. Ebenso werde die Regierung ihr besonderes Augenmerk auf die Förderung des ländlichen Wohnungswesens richten. — Weiterberatung Freitag.

*

Zentrumsantrag gegen Doppelverdiener.

¶ **Berlin,** 5. März.

Das Zentrum hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, für die Dauer einer übermäßigen Arbeitslosigkeit auf die Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften und alle von ihnen beeinflußten Unternehmungen, sowie auf alle mit öffentlichen Aufträgen versehenen Firmen einzuwirken, Doppelverdiener nur dann weiter zu beschäftigen, oder einzustellen, wenn ein solches Doppeleinkommen zum Unterhalt einer Familie als notwendig nachgewiesen wird.

vom dem sich leider auch der repräsentative Vertreter der deutschen Literatur nicht fernhält. Das zeigt sich in sehr bedenklicher Weise an dem neuen Werk „Die große Sache" von Heinrich Mann. Dieses Werk des Präsidenten der Sektion für Dichtkunst an der staatlichen Akademie in Preußen enthält Stellen, über die man den Kopf schütteln muß. Der Redner beklagte in seinen weiteren Ausführungen die Notlage des akademischen Proletariats. Die Ueberproduktion an Akademikern belaste auch in gefährlicher Weise die Staatsfinanzen. Die Schulreform müsse das Ziel verfolgen, den übermäßigen Zudrang zu den Universitäten einzuschränken.

Abg. Fröhlich (S.) machte die Deutsche Volkspartei dafür verantwortlich, daß der Minister Dr. Wirth den Vergleich mit Thüringen abschließen mußte. In Thüringen werde jetzt schon die Hakenkreuzfahne bei staatlichen Hoheitsakten gezeigt. Dr. Wirth sei viel zu geduldig den nationalsozialistischen Provokationen gegenüber. Dr. Frick habe erklärt, Dr. Wirth habe sich zum Anwalt der Betrüger und Verräter gemacht. Die Volkspartei habe sich in Thüringen allen Forderungen der Nationalsozialisten gefügt. Trotz des Vergleichs werde

die thüringische Polizei immer stärker mit Nationalsozialisten durchsetzt.

Die Nationalsozialisten erklären offen in ihrem Organ, daß sie sich an die Abmachungen des Staatsministers Baum nicht gebunden fühlen. Der Innenminister als Verfassungshüter muß endlich gegen die Verfassungsfeinde von Rechts größere Energie aufwenden.

Gegen 7,30 Uhr wurde die Weiterberatung, nachdem noch zwei Kommunisten geredet hatten, auf Freitag 3 Uhr vertagt.

Der Staatsvertrag mit der Berliner Volksbühne.

+ **Berlin,** 5. März.

Der Preußische Landtag überwies in seiner heutigen Sitzung zunächst debattelos Anträge auf eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe und gegen den Schenkervertrag der Reichsbahngesellschaft, sowie einen Antrag auf baldige Durchführung der Eiderabdämmung, in die Ausschüsse. Dann begann die Einzelaussprache zur zweiten Lesung des Justizhaushaltes, die volle vier Stunden lang ausschließlich von den Kommunisten bestritten wurde. Die Abstimmungen wurden auf den 18. März vertagt.

Annahme fand sodann in zweiter und dritter Lesung das Ausführungsgesetz über die Vereinigung der Grundbücher. Gleichfalls ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf zur Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze verabschiedet.

Hierauf wurde die am 19. Dezember vorigen Jahres abgebrochene Aussprache über den Staatsvertrag mit der Volksbühne Berlin wegen der Krolloper fortgesetzt. Der Vertrag sieht die Schließung der Oper mit Ablauf der Spielzeit 1930/31 vor. Der Hauptausschuß beantragte die Genehmigung des Vertrages und die Annahme einer Entschließung, die den Finanzminister ersucht, die im Haushalt 1930 bereitgestellten 1,6 Millionen RM. für die Landbühnen voll zu gewähren und die der Stadt Breslau für die Erhaltung ihres Theaters bewilligten 150 000 RM. außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Abg. Mentz (W. P.) nahm scharf gegen die alten Verträge des Staates mit der Volksbühne Stellung und lehnte den vorliegenden Vertrag ab. Abg. Baecker (D. F.) erklärte, man wende für die Berliner Staatstheater ein vielfaches dessen auf, was man für die Bühnen im Lande, in den Grenzgebieten usw. hergebe. Die Deutsche Fraktion lehne jede Verantwortung für den vorliegenden Vertrag ab. Abg. Grebe (Z.) meinte, man solle die ganze Angelegenheit nicht parteipolitisch, sondern unter dem Gesichtspunkt sozialer Kunstpflege des Staates betrachten. Gegen die hohen Kosten der Staatstheater helfe nur ein Abbau. Die soziale Kunstpflege im Lande, vor allem im Westen, müsse so bald wie möglich besser unterstützt werden. Das Zentrum stimme dem Vertrage zu. Auch Abg. Bohne (St. P.) war für den Vertrag, weil nur so der Staat die Freiheiten hinsichtlich der Krolloper wiedererlangen könne.

Um 17,30 Uhr vertagte sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Dritte Lesung der Realsteuern und Krolldebatte.

Der neue deutsche Generalkonsul in Newyork.

— **Berlin,** 5. März.

Der Reichspräsident hat den Botschaftsrat in Washington, Dr. Otto Kiep, zum Generalkonsul erster Klasse in Newyork ernannt.



Generalkonsul Kiep ist am 7. Juli 1886 geboren. Er ist aus dem preußischen Justizdienst hervorgegangen. Nach einjähriger Tätigkeit im Auswärtigen Amt wurde Kiep zunächst zur Gesandtschaft im Haag und später nach Budapest versetzt. Im Jahre 1923 wurde er zum Ministerialrat in der Reichskanzlei ernannt. 1925 erfolgte seine Ernennung zum Ministerdirektor in der Presseabteilung der Reichsregierung. Seit 1926 war Kiep Botschaftsrat in Washington.

Pariser Weingartner-Konzerte verboten?

0 **Paris,** 5. März.

Auf Grund des Offenen Briefes, den der nationalistische Abgeordnete Taittinger an den Ministerpräsidenten Laval gerichtet hat, um gegen das Gastspiel Weingartners in Paris zu protestieren, hat, wie wenigstens die „Liberté" glaubt melden zu können, der Ministerpräsident gestern abend eine Unterredung mit Außenminister Briand gehabt. Nach Schluß der Besprechung erhielt, dem Blatt zufolge, der Polizeipräfekt von Paris die Anweisung, der Vereinigung der Pasteloup-Konzerte mitzuteilen, daß die beiden vorgesehenen Weingartner-Konzerte nicht stattfinden dürften.

Aus der Heimat.

4063 Arbeitslose.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Stadtkreis Bocholt und im Landkreis Borken.

L. **Bocholt**, 6. März. Der erste Berichtsabschnitt des Monats Februar zeigte gegenüber den Vormonaten ein erheblich langsameres Absinken des Beschäftigungsgrades. Die Zahl der insgesamt Arbeitsuchenden stieg in dieser Zeit nur noch um 141 und zwar von 4002 (Ende Januar) auf 4143 (Mitte Februar). Im zweiten Berichtsabschnitt fiel sogar die Zahl der Gesamtarbeitsuchenden um 80 und zwar von 4143 auf 4063 (Ende Februar). Von diesen Arbeitsuchenden sind 3321 männliche und 742 weibliche Arbeitnehmer. Hiervon erhalten versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung 1958 männliche und 476 weibliche (berufsübliche Arbeitslose sind 675 vorhanden), Krisenunterstützung 572 männliche und 106 weibliche. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt demnach Ende Februar 3132 (Mitte Februar 3143). Der Abgang überstieg erstmalig wieder um 11 den Zugang.

Bei dieser Gelegenheit sei die dringende Bitte ausgesprochen, jede offene Stelle, gleichgültig ob es sich um dauernde Stellen oder solche vorübergehender Besetzung (tage- oder stundenweise) handelt, dem Arbeitsamt Bocholt, Kaiser-Wilhelm-Straße 35—37, bezw. der Nebenstelle Borken, Hl. Geiststraße 7, zu melden.

Reifeprüfung am Gymnasium.

:!: **Bocholt**, 6. März. Bei der Reifeprüfung am Städtischen Gymnasium und Realgymnasium, die gestern unter dem Vorsitz des Herrn Oberschulrats Hellwig (Münster) begann, haben von der Oberprima A des Gymnasiums folgende Schüler bestanden (in Klammern ist das Fach angegeben, das die Abiturienten studieren wollen): Heinrich Benning (Medizin), Hermann Breuer (Medizin)*, Josef Dammann (Theologie), Wilhelm Heidemann (Philologie)*, Josef Henke (Philologie), Rudolf Hoppe (Medizin)*, Ernst Kemming (Theologie), August Lammers (Tierarzneikunde), August Läufer (Theologie), Karl Schepers (Lehrer)*, Hans Sonnenschein (Theologie), Fritz Graf von Spee (Rechtswissenschaft) und Hubert Terhedebrügge (Medizin). Die mit * bezeichneten Abiturienten haben die Prüfung mit Gut bestanden. Den angehenden Musensöhnen die herzlichsten Glückwünsche.

Das Geld wird billiger!

e. **Bocholt**, 6. März. Die Kreissparkasse Borken hat infolge der wirtschaftlichen Not und im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit ihrer Einrichtung die Zinssätze im Debet herabgesetzt. Ab 1. April betragen die Zinssätze für Gemeindedarlehen 7½ Prozent, für Hypotheken innerhalb des Kreises Borken 7¾ Prozent, für solche außerhalb des Kreises 8 Prozent, und für Kontokorrentkredite ebenfalls 8 Prozent. Provisionen werden im Kontokorrent nicht berechnet. Die Zinssätze für Spareinlagen bleiben die gleichen wie bisher.

Heute „Den Wäwedamp".

⚔ **Bocholt**, 6. März. Es gewährt einen eigenartigen stillen Genuß, sich in vergangene Zeiten zu versenken und deren Geschehnisse und Zustände an unserm geistigen Auge vorbeiziehen zu lassen. Besonders dann, wenn jene Zeiten uns Heutigen noch nahe genug sind, um in ihrem Eigenwert noch recht lebhaft begriffen zu werden, aber doch auch so weit zurückliegen, daß wir sie mit den Augen des Zuschauers ruhig und besinnlich betrachten und durchschauen können. In eine solche Zeit versetzt uns das Volksspiel „Den Wäwedamp", das heute (Freitag) in unserer Stadt seine neue Aufführung erlebt. Wäwedamp? Nun, das ist die volkstümliche Bezeichnung für die Dampfmaschine und weiterhin für die Weberei mit Dampfkraftbetrieb. In fünf lebendigen Bildern zieht sie an den Augen des Zuschauers vorüber, die Geschichte von dem schlichten, braven, heimatstarken Jans Drömmelgoorn, der von dem Erbe seiner Väter, dem Handwebstuhl, nun und nimmer lassen kann; von dem tatstarken, durch die Verhältnisse vorwärts gedrängten Fabrikanten Linnebrink, der um der eigenen und der Vaterstadt Zukunft willen den neuen Wäwedamp bauen will, bauen muß. Es ist die alte Geschichte, die sich in anderer und anderer Form stets dann wiederholt, wenn gegen das durch Brauch und Alter Geheiligte sich jugendkräftig Neues erhebt und schließlich durchsetzt. So ist der „Wäwedamp" trotz Wessel-Baas und Mäckerbeck, trotz Polizei und Tutemann auf einen tragischen Grundton gestimmt. Und wenn am Schlusse des 4. Aktes die beiden Gegner bis zum Aeußersten ringen und Jans vernichtet hinauswankt, aber auch Linnebrink sich nicht als Sieger fühlt, dann muß ein erschütterndes Schweigen durch den Raum gehen. (Siehe die Anzeige in der heutigen Nummer.)

Wegen Beleidigung verurteilt.

§ **Bocholt**, 6. März. Wegen Beleidigung eines Weseler Polizeibeamten in der Zeitung „Der Klassenkämpfer" wurde gestern der verantwortliche Redakteur dieses Blattes, der Stadtverordnete Josef Schmitz, vom Großen Schöffengericht in Münster zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Mitangeklagt war eine Frau aus Wesel, die Schmitz das Material gegen den Beamten zugetragen hatte. Sie wurde als Hauptschuldige angesehen und zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht stellte in seinem Urteil die völlige Haltlosigkeit der gegen den Beamten erhobenen Anschuldigung fest.

Jugendbund des Kath. Deutschen Frauenbundes.

= **Bocholt**, 6. März. Heute (Freitag) abend um 8.30 Uhr ist im Hospiz literarischer Zirkel. Erscheinen ist sehr wichtig.

Sünder vor Gericht.

§ **Bocholt**, 5. März.

Von der Anklage des Betruges freigesprochen.

Ein früher in Bocholt ansässiger Kaufmann gab in der „Konditorzeitung" fortlaufend Inserate (im ganzen für 200 Mark) auf, ohne bis heute einen Pfennig dafür zu bezahlen. Er stand deshalb wegen Betrugs vor Gericht, zumal da er inzwischen Bocholt verlassen hatte, ohne seine neue Adresse angegeben zu haben. Mittlerweile wurde er in Gütersloh entdeckt, wo er jetzt kommissarisch vernommen wurde. Er bestritt die Absicht des Betruges; als er die Anzeigen aufgegeben habe, habe sein Geschäft noch gut floriert. Da aus der Beweisaufnahme sich nicht ergab, daß der Kaufmann von Anfang an in betrügerischer Absicht gehandelt habe, wurde er entgegen dem Antrag des Amtsanwalts, der auf zwei Wochen Gefängnis lautete, freigesprochen.

*

Absicht oder nicht — das ist die Frage.

Ein Spediteur aus Bocholt war angeklagt, eine Kolonne von Schülern durch zu schnelles Ueberholen mit seinem Lastwagen gefährdet und den die Kolonne begleitenden Lehrer beleidigt zu haben. Der Lehrer passierte mit seiner Klasse die Kaiser-Friedrich-Straße, als der Spediteur mit seinem Lastwagen, der noch einen Anhänger hinter sich hatte, heranfuhr. Als der Lastwagen die Schüler überholt hatte, fuhr er in scharfem Bogen vor die Schüler und blieb stehen. Da nach Auffassung des Spediteurs die Schüler nicht schnell genug zur Seite gingen, machte er dem Lehrer Vorhaltungen, wobei Worte wie „dummer Junge", „Rüpel", „Bilden Sie sich doch nichts ein!", „Was Sie sind, war ich schon vor 10 Jahren" usw. fielen. Vor Gericht gab der Spediteur an, er habe sich, da er Vertrauensmann seiner Berufsgenossenschaft sei, berufen gefühlt, dem Lehrer Vorhaltungen darüber zu machen, da er sich nicht genügend um die Schüler gekümmert habe. Dieser soll sich nämlich — da es regnete — unter seinen Schirm „verkrochen" haben und an der Spitze statt am Schluß der Kolonne gegangen sein. Die Forderung des Spediteurs, daß die Fußgänger genau so Pflichten beim Passieren der Straßen zu beachten hätten, wie die Fahrer, können wir an dieser Stelle nur nachdrücklichst unterstreichen. Da nach Auffassung des Amtsanwaltes der Spediteur absichtlich an die Schüler herangefahren war — eine Auffassung, die wir absolut nicht teilen können, weil der Spediteur doch an seinem Lagerplatz halten mußte — und er bereits einschlägig vorbestraft ist, wurde der Angeklagte wegen der Gefährdung der Schüler zu einer Geldstrafe in Höhe von 30 Mark und wegen der Beleidigung des Lehrers zu einer solchen in Höhe von 50 Mark verurteilt. Dem beleidigten Lehrer wurde außerdem die Befugnis der Veröffentlichung der Urteilsformel zugesprochen.

*

2 Wochen Gefängnis wegen Betruges.

Ein Althändler aus Bocholt war beschuldigt, Baumwollabfälle aus einer hiesigen Baumwollweberei in betrügerischer Absicht sich angeeignet zu haben. Vor Gericht bestritt er diese Absicht. Aus den Zeugenaussagen ging jedoch hervor, daß sich der Angeklagte des Betruges schuldig gemacht hatte. Da er schon wiederholt, u. a. bereits wegen Betruges, vorbestraft war, erhielt er eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen.

*

Der Verkehrsunfall in der Münsterstraße.

An einem regnerischen Sonntag stieß ein holländischer Kraftwagen, der aus der Ostmauer kam, mit einem Bocholter Personenkraftwagen, der auf der Münsterstraße in Richtung Marktplatz fuhr, zusammen, wobei der holländische Kraftwagen in ein Schaufenster des Möbelgeschäftes Terstegge geriet, das natürlich in Trümmer ging. Vor Gericht wollten die Beteiligten selbstverständlich unschuldig sein. Aus dem Gutachten des Sachverständigen ging hervor, daß an der fraglichen Stelle die Situation für den aus der Münsterstraße kommenden Bocholter Fahrer nicht besonders günstig war; insbesondere konnte für ihn das Vorfahrtsrecht nicht mehr in Frage kommen, da der Holländer schon zu weit in die Münsterstraße eingefahren war. Aus der Tatsache, daß der holländische Wagen einen Kotflügel eingebüßt habe, sei zu schließen, daß die Geschwindigkeit des Bocholter Wagens höher als 20 Kilometer — wie der Fahrer angegeben hatte — gewesen sei. Darum habe er auch nicht rechtzeitig halten können. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe in Höhe von 60 Mark, die in Monatsraten von 10 Mark zu entrichten sind.

*

Die Zunft der Landstreicher

war wieder durch vier Personen, die aus der Haft vorgeführt wurden, vertreten. Auf die Frage, wann er zuletzt gearbeitet habe, erklärte einer der Tippelbrüder, er könne momentan nicht so lange denken. Der Vorsitzende gibt ihm die Ermahnung, an seinem Heimatsort zu bleiben, er bekäme doch Unterstützung. Nun, meint da der Beklagte, von den paar Mark könne er doch nicht leben, stehlen dürfe man ja nicht, da müsse er schon betteln. Drei Tippelbrüder erhalten je eine Haftstrafe von 4 Wochen, nach deren Verbüßung sie ins Arbeitshaus wandern, ein vierter kommt mit 3 Wochen Gefängnis davon. Weil er noch nicht vorbestraft ist, wird von einer Ueberweisung in das Arbeitshaus abgesehen.

*

Eine teuere Leiter.

Aus der Untersuchungshaft wurden zwei Arbeitslose vorgeführt, von denen der eine eine Leiter gestohlen haben sollte, während der andere sie bei sich untergestellt hatte, obgleich er hätte wissen müssen, daß die Leiter gestohlen war. Ferner sollten beide am hiesigen Waisenhaus um Essen gebettelt haben. Während der eine Angeklagte gestand, mußte der andere überführt werden. Das Urteil lautete gegen beide wegen Diebstahls auf 1 Monat Gefängnis und wegen Bettelns gegen den ersten auf 2 Wochen Gefängnis — zudem wird er, da er Ausländer ist, ausgewiesen — und gegen den andern wegen Bettelns auf 3 Wochen Gefängnis.

*

Ihm konnte nichts bewiesen werden.

Ein Landwirt sollte ein Pferd eingeführt haben, ohne den fälligen Zoll zu entrichten. Der Angeklagte leugnete. Auch einige Zeugen konnten nichts Ueberzeugendes vorbringen. Zudem war der Schein von dem betreffenden Beamten falsch ausgefüllt worden, so daß man vor einem Rätsel stand. Der Angeklagte mußte freigesprochen werden. Die falsche Ausfüllung des Transportscheines durch einen Diener des Staates hat dem Staat vielleicht ein Pferd gekostet.

*

Man soll Flaschen nicht wegwerfen.

Ein junges Mädchen hatte abends eine Flasche weggeworfen, die einem vorbeikommenden jungen Mädchen ausgerechnet auf die — Nase geflogen war, die (nämlich die Nase) natürlich in die Brüche ging. Die Täterin hatte sich kaum um die Verletzte gekümmert und nur einen Bruchteil der außerordentlich hohen Kosten bezahlt. Ein Tag Haft war die Strafe, die aber ausgesetzt wird, wenn die Kosten innerhalb zweier Jahre erledigt sind.

*

„Aus der Rolle gefallen."

Zwei Arbeiter hatten in Gemeinschaft mit anderen einige Personen verletzt. Der eine erklärte, er sei etwas angetrunken gewesen und sei dann wohl „aus der Rolle gefallen". Er bereute natürlich die Tat. Es sei nur ein Irrtum gewesen; denn er habe mit dem Bruder früher mal etwas gehabt, nun aber den verkehrten gefaßt. Der andere Angeklagte leugnete zwar, wurde aber überführt. Beide kamen mit einer Geldstrafe von 30 Mark davon, die in 6 Monatsraten gezahlt werden können.

Das Bothe-Quartett tritt auf.

b. **Bocholt**, 6. März. Wie schon mitgeteilt, tritt das Bothe-Quartett am 8. März anläßlich des Winter-Konzertes des Gesangvereins „Sängerlust" auf. Diese Quartettvereinigung, die sich durch mehrfaches erfolgreiches Auftreten schnell bekannt gemacht hat, wird Werke von Mozart und Schubert zur Aufführung bringen. Außerdem wird der Führer des Quartetts, Franz Bothe, zwei Violinsoli vortragen. Es handelt sich um das Präludium und Allegro von Paganini aus der Blütezeit der italienischen Violinliteratur, ferner um das durch alle Konzertsäle getragene Bravourstück „Zigeunerweisen" von Pabo de Sarasate. (Siehe Anzeigenteil der heutigen Nummer.)

Jünglingssodalität und Jünglingsverein Liebfrauen.

i. **Bocholt**, 6. März. Am heutigen Freitagabend ist 8,30 Uhr in St. Agnes Vorbereitung, wozu alle Mitglieder dringend eingeladen sind. Am Sonntagmorgen sammeln wir uns 7,15 Uhr zur Gemeinschaftsmesse und gem. hl. Kommunion in der Pfarrkirche.

Katholischer Deutscher Frauenbund.

⚔ **Bocholt**, 6. März. Das Jahresprogramm der Pilgerfahrten und Reisen des Kath. Deutschen Frauenbundes, Zweigverein Frankfurt a. M., ist soeben erschienen. Seit einigen Jahren gibt es in Deutschland eine neue Art des Reisens, die Gesellschaftsreise. Auch der Kath. Deutsche Frauenbund, Zweigverein Frankfurt a. M., nimmt gerne Veranlassung, Familien wie Alleinstehende einem Kreise Gleistgesinnter zuzuführen, um Zeit und Geld sparend, Reisen zu ermöglichen, die nur in solchen Gruppen und so bestens organisiert die Zufriedenheit der Teilnehmer auslösen. Das Programm des Kath. Deutschen Frauenbundes, Frankfurt a. M., umfaßt mit 60 kurzen und langen Reisen den größten Teil Deutschlands, insbesondere aber auch des übrigen südlichen und westlichen Europas, und die größte hat sogar Asien und Afrika zum Ziel: das Heilige Land und das Land der Pyramiden und der Sphinxe. Die diesjährigen Jubelfeiern rufen uns nach Padua, Marburg und Eisenach sowie nach Altötting. Ferner besuchen wir Maria Laach, Einsiedeln, Lourdes, Rom und das Heilige Land. Die schönste Form der Gesellschaftsreise ist eine noch junge und neue Möglichkeit: die Autoreise. Unbeeinträchtigt vom Trubel der Bahnhöfe und ungebunden an Fahrpläne gewinnt sie sich heute mehr und mehr Freunde. Alle Reiselustigen ladet der Kath. Deutsche Frauenbund, Frankfurt a. M., auf das herzlichste zur Teilnahme an seinen herrlichen Reiseveranstaltungen ein. Die Programme versendet kostenlos der Vorstand des Kath. Deutschen Frauenbundes, Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 88.

Herabsetzung des Schulgeldes an höheren Schulen.

)(**Bocholt**, 6. März. Das Schulgeld an der öffentlichen höheren Schulen — sowohl an staatlichen wie auch an kommunalen — darf nach den Bestimmungen des Schulgeldsatzes vom 18. Juli 1930 nicht mehr als den dritten Teil der Kosten betragen, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule jeweils durchschnittlich verursacht. Dieser durchschnittliche Kostensatz wird alljährlich für ganz Preußen vom Kultusminister festgesetzt. Durch die sechsprozentige Kürzung der Beamtengehälter und die allgemeine Ausgabensenkung im preußischen Haushaltsplan für 1931 werden sich im kommenden Etatsjahr die Kosten für die Schüler einer höheren Schule verringern. Deswegen hat der Kultusminister den Durchschnittskostensatz, der bisher 750 Mark betrug, für 1931 auf 720 Mark herabgesetzt. Da das Schulgeld nicht mehr als den dritten Teil dieses Satzes betragen darf, so darf von Ostern 1931 ab an den städtischen und staatlichen höheren Lehranstalten nur noch ein Schulgeld von 240 Mark jährlich (bisher in Bocholt 250 Mark für einheimische Schüler) erhoben werden.

m. **Suderwick**, 6. März. Das Zollamt ist weiter bis zum 31. Oktober an Werktagen von 7 bis 12 Uhr und 14 bis 20 Uhr geöffnet. Nach 19 Uhr können keine Waren mehr verzollt werden.



-g. **Rhede**, 6. März. **„Am sausenden Webstuhl."** Am Anfang war die Spindel . . . Die Geschichte der Kleidung beginnt mit der Spinnerei. Die Urformen des Spinnens waren das Flachsspinnen vom Rocken, das Wollspinnen aus der Hand usw. Dieses alles bildete der schaffende Menschengeist unermüdlich zur modernen Spinnereianlage. Vom einfachsten Handwebstuhl bis zur allerfeinsten Jacquardmaschine, von der Handklöpplerin bis zur modernsten Spitzenklöppelmaschine gebrauchte die Technik 4 Menschengenerationen. Mit der Entwicklung der Technik wandelte sich das Leben der tätigen Menschen. Die Zünfte verfielen, das Kapital und damit der Kaufmann traten in den Vordergrund. Dieses alles schildert in packenden Bildern der Film. Ein Ereignis für Rhede, das unbedingt jeder sehen muß. Ist doch der Inhalt des Films nicht zuletzt auch ein gutes Stück Geschichte unserer heimatlichen Industrie. Möge daher den Veranstaltern ein volles Haus beschieden sein.

" **Rhede**, 6. März. **Schulungskursus im Kreisbauernbund.** Die Geschäftsstelle des Westfäl. Bauernbundes hält am morgigen Samstag durch Herrn Generalsekretär Dr. Stracke (Münster) in der Wirtschaft Rössing einen Schulungskursus für Mitglieder ab. Der Kursus beginnt vormittags um 10 Uhr. Alle Mitglieder des Bundes sind zur Teilnahme herzlich eingeladen.

-e. **Rhede**, 6. März. **Jungfrauenkongregation.** Kaum ist der erste Exerzitienkursus mit 66 Teilnehmerinnen beendet, sind auch schon in kurzer Zeit die Anmeldungen für den weiteren Exerzitienkursus vom 8. bis 10 Mai so zahlreich eingelaufen, daß die Höchstzahl schon wieder erreicht ist. Die Teilnehmerinnen an dem ersten Kursus haben sich als die besten Werberinnen für den zweiten Kursus erwiesen. Ein dritter Exerzitienkursus unter den gleichen Bedingungen soll am Freitag, dem 19. Juni, abends beginnen und bis Sonntag (21. Juni) abends dauern. Alle Mitglieder der Kongregation, die an dem Kursus teilzunehmen wünschen, werden gebeten, im eigenen Interesse bald ihre Anmeldungen zu bewirken.

:: **Rhede**, 6. März. **Theateraufführung im Jugendheim.** Am kommenden Sonntag bringt die Spielschar der Jugend auf der Bühne ihres Heimes die erste Aufführung der fünfteiligen Tragödie „Eva", ein Spiel vom ersten Sterben. Das Spiel, klar und wuchtig in seinem Aufbau, reichhaltig in seiner Handlung und von überwältigender Tragik, ist ein Meisterwerk der Laienbühne. Wohl kaum ein anderes Spiel hat darum auch überall da, wo es zur Aufführung kam, so ungeteilten Beifall gefunden wie Nüdlings „Eva". Da zudem das Spiel auf einer Bühne seine Aufführung findet, die eigens für dieses Spiel von fachkundiger Hand gearbeitet wurde, da zudem die Leitung des Spieles in den Händen eines Bühnenfachmannes ruht, verspricht die Aufführung für Rhede ein Ereignis zu werden. Die Aufführungen sind am Sonntag, dem 8. März, und Mittwoch, dem 11. März, abends 8 Uhr, am Sonntag, dem 15. März, nachmittags 4 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 1. Platz 75 Pfg., 2. Platz 50 Pfg. Mitglieder des Jugendvereins und Arbeitslose zahlen gegen Vorzeigung der Karte 25 Pfg. Eintritt. Zum Besuch ladet die Jugend-Spielschar freundlichst ein.

:: **Rhede**, 6. März. **Kath. Jugendverein.** Am kommenden Sonntag ist Einkehrtag. Die Teilnehmer versammeln sich um 7,30 Uhr am St. Gudulakloster. An der Gemeinschaftsmesse 7,30 Uhr daselbst nehmen auch die Mitglieder der D. J. K. und der Werkjugend teil. — Heute abend ist in der Kirche um 8 Uhr pünktlich — nicht 8.30 Uhr — der Religionsvortrag. Alle mögen kommen.

* **Borken**, 5. März. **Immer wieder Verkehrsunfälle.** Heute nachmittag wurde ein Personenkraftwagen, der aus Marl bei Recklinghausen stammt und sich auf der Rückfahrt von Burlo nach Borken befand, von dem Bocholter Zuge in der Nähe des Sportplatzes auf der Schienenkreuzung erfaßt und namentlich stark an seinen hinteren Teilen beschädigt. Motor und Führersitz litten weniger, und der Chauffeur kam außer seinem Schrecken nur mit einer Schramme davon. Die Lokomotive wurde nur wenig beschädigt und konnte gleich darauf die Fahrt fortsetzen. Die Limousine mußte abgeschleppt werden. — Am Samstagabend, der wegen der Witterungsunbill schlechte Sicht bot, überfuhr ein Bocholter Auto in Richtung Borken in der Nähe Tubes eine Chausseekrümmung und geriet in den Graben. Dabei erlitten die beiden Insassen, ein Bocholter und ein Borkener Herr, nicht unbedeutende Schnittwunden an den Händen, zumeist aber am Kopf.

r. **Oeding**, 5. März. **Ein guter Fang der Zollbehörde.** Am Montag gelang es den Grenzaufsichtsbeamten der Zollaufsichtsstelle Oeding, teils auf frischer Tat, teils bei anschließend vorgenommenen Haussuchungen 815 Klg. Gerste, 1004 Klg. Mais, 1621 Klg. Weizenmehl, 508 Klg. Gerstenschrot, 38 Klg. Kaffee und 25 Klg. Tabak, die aus Holland eingeschmuggelt waren, unter tatkräftiger Unterstützung von Landjägereibeamten zu beschlagnahmen. Die Täter, Landwirte aus Oeding, sind festgestellt.

* **Dorsten**, 5. März. **Verbrüht.** Gestern wurde die Familie des Bergmanns Schneidelach in Holsterhausen von einem schweren Schicksalsschlag betroffen. In Abwesenheit der Mutter stürzte das dreijährige Kind Heinz beim Spielen in der Stube in einen mit heißem Wasser gefüllten Eimer. Auf das Geschrei des Kindes eilten die Eltern herbei und fanden das bedauernswerte Wesen mit schweren Brandwunden im Eimer stehend vor. Das Kind wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt, wo es kurz nach der Einlieferung unter furchtbaren Qualen gestorben ist.

Warum Sorge um Herz und Nerven?
Trinken Sie den coffeinfreien und völlig unschädlichen KAFFEE HAG
Das große Paket Kaffee Hag jetzt nur noch RM 1.62, das kleine 81 Pfg.



"Einladung zur Stoffmoden-Schau

Unsere Fenster zeigen Ihnen in einer sehenswerten Ausstellung die neuen Stoffe die neuen Seiden die neuen Samte nicht nur in allen neuen Mustern, nicht nur in einer riesigen Auswahl, nicht nur in herrlichen Qualitäten, sondern schon zu Saisonbeginn sehr preiswert.

Unsere Modewaren-Abtlg. bringt letzte Neuheiten

Die ersten Stoff-Angebote

Neue Tweeds 2.50 1.90 **1.50**

Woll-Crêpe de Chine eleg. Neuh., 100 cm br. **2.90**

Woll-Flamenga f. schöne Nachmittags-Kleider **3.90**

Woll-Georgette mit neuartig. K'Seiden-Effekten, 100 cm breit **4.90**

Crêpe-Romain feinste Wolle, moderne Farb., eleg. Frühjahrs-kleider u. -Mänt. 130 br. **7.90**

Woll-Georgette mit und ohne Abseite, von d. Mode bevorzugt 130 breit . 14.50 11.50 **9.50**

Crêpe-Maroc der beliebte Stoff für mod. Straßenkleider 100 cm breit **3.90**

Crêpe-Georgette feine K'Seide für eleg. Kleider, 100 cm breit **4.75**

Crêpe-Georgette in aparten neuen Frühjahrsmustern 100 cm breit **6.50**

Unsere Seiden-Abteilung zeigt jetzt eine Auswahl von mehr als 1000 Stück und mehr als 500 Farben.

LEYENS & LEVENBACH

WESEL

Eröffnung der Frühjahrs-Saison



am Samstag, dem 7. März.

verbunden mit Wettbewerb in Form einer Abstimmung und erstmalige Vorführung der EIFA-Anzüge

1122g

zu der wir auch Ihr Urteil erbitten: über unsere Auswahl — Modelle — Dekorationen — Preiswürdigkeit usw. usw.

Schöne Gewinne locken.

J. B. Fisser

Spezialgeschäft für Herren- u. Knabenkonfektion

M. G. V. Sängerlust

Winter-Konzert

Sonntag, den 8. März, nachm. 5½ Uhr im Gesellenhause.

Ausführende: [1128g

Bothe-Quartett,

M. G. V. Sängerlust.

Karten zu **0.80 RM.** in der Buchhandlung Joh. Valk, Nobelstr.

Zentralverband christlicher Textilarbeiter

Ortsgruppe Rhede.

Am Samstag, dem 7. März, abends 7,30 Uhr findet im Hengstermann'schen Saale die Vorführung des Filmes

„Am sausenden Webstuhl"

statt.

Eintrittspreise:

Mitglieder 30 Pfg., Nichtmitglieder 50 Pfg., arbeitslose Mitglieder frei, arbeitslose Nichtmitglieder 30 Pfg.

Kassenöffnung 7 Uhr. 1062b

Die ganze Bevölkerung von Rhede und Umgegend wird hierzu freundl. eingeladen.

Der Vorstand.

R.-V. „All Heil" 1893 e. V.

Bocholt

Sonntag, den 8. März 1931, abends 8 Uhr, im Vereinslokale „Nienhaus"

Jahres-Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Verlesung der letzten Niederschrift
2. Jahresbericht
3. Kassenbericht
4. Vorstandswahl
5. Festsetzung des Beitrages
6. Mitteilungen. 1126e

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Anschließend:

Gemütliche Unterhaltung Abendessen Überraschungen.

Zwei Irrtümer.

Viele kaufen ihr Augenglas aufs Geratewohl, indem sie sich sagen: „Ich will erst mal sehen, wie es denn geht, bevor ich zum Spezialisten gehe." Mancher verdirbt sich auf diese Weise seine Augen. Andere glauben, es sei schädlich, Brillen „zu früh" zu tragen, die Sehkraft leide darunter. Es muß jedoch betont werden, daß Augengläser gar nicht früh genug getragen werden können, wenn Sehfehler vorhanden sind.

Diese beiden Irrtümer sind oft verhängnisvoll und der Grund dafür, weshalb so viele Leute zu mir kommen, die über ihr Augenglas mit Recht klagen, das sie aus irgend einem fertigen Lager eines Brillenhändlers erworben haben. Eine Brille ist aber keine Handelsware, die von jedem Händler verkauft werden kann, sondern gehört in die Hand eines guten **Fachmannes.** Nur da haben Sie volle Gewähr, das Richtige für Ihre Augen zu bekommen. (1140

Optiker Winkler,

Neustraße 18.

Spezialgeschäft für Augengläser.

Den Wäwedamp

Niederdeutsches Volksspiel in 5 Akten v. Johannes Ostendorf.

Aufführung **heute** im großen Saal des Schützenhauses.

Beginn pünktlich 8 Uhr abds.

1. Platz 2,- Mk. 2. Platz 1,- Mk.

Vorverkauf in der Buchhandlung Joh. Valk, Nobelstr. 1139a

Wieder beherrscht Douglas Fairbanks das Programm.

Samstag, Sonntag, Montag, (nur 3 Tage) im

Apollo-Theater

Wer **Douglas Fairbanks** kennt, wer den **Vierten Musketier** gesehen hat, wird auch diesen Film sich unbedingt ansehen.



Douglas Fairbanks

in „DIE EISERNE MASKE"

(20 Jahre später)

Nach dem unvergänglichen Roman von **Alexander Dumas.**

Dieser Film schildert uns in 10 spannenden Akten die weiteren Erlebnisse und Abenteuer der vier Musketiere.

Dazu das fesselnde Filmwerk

Skandal im Casino

Ein Film von Spiel und Liebe, Schuld und Sühne.

Turf und Spielsäle sind die Pole, um die sich die 8aktige Handlung dreht.

Im Beiprogramm das 2aktige Lustspiel

Ein Mädchen und zwei Kavaliere

und der Lehrfilm

Masuren. [1124g

Produktiv-Genossenschaft

„EINTRACHT"

e. G. m. b. H., Bocholt.

Bocholt größter Metzgereibetrieb

bietet auch für diese Woche seine bekannten Qualitäten

Rindfleisch Pfund nur 75 Pfg.

Rindfleisch . . Pfund 90 Pfg.

an. 1128e

Die Preise für

Hausmacher-Blut- und Leberwurst

haben wir wesentlich herabgesetzt.

Mitglieder! Verbraucher!

Macht einen Versuch und überzeugt Euch von der

Qualität u. Preiswürdigkeit.

Der Verkauf findet an Jedermann statt.

Mitglieder der Konsum-Genossenschaft »Eintracht« erhalten auf diese Preise noch 4% Rabatt.

Der Vorstand.

Krankenweine

Vom Guten das Beste!

SAN CYPRIANO, feinster alter Medizinalwein, Fl. 2.30

SEZENZ-REBENBLUT, blutbildend, kräftigend, Fl. 2.75

Malaga, Samos, Tarragona, feine alte Ware, von 1.30 M an

Drogerie Maaß

Osterstr. 22. Ruf 3398

Rudolf Friedrich, senior,

Friseurgeschäft, Markt 6,

Eingang Nordstr. [1121g

räumt erst am 15. April 1931. Halte mich bestens empfohlen.

Seit mehr als 10 Jahren

Unterricht

in

Maschinenschreiben - Zehnfingersystem verschiedene Schreibmaschinen,

Stenographie - Reichskurzschrift und Einheitssystem Stolze-Schrey,

Schön-, Zier- und Rundschrift, Korrespondenz, Rechnen und Kalkulation, Bankkontokorrent, Zahlungsverkehr - Wechsel- und Scheckiehre,

Buchführung - einf., dopp., amerik., Fabrik- und Bankbuchhaltung, Abschlüsse und Bilanzanalyse.

Deutsch, Französisch, Englisch usw. Grammatik, Konv., Korresp., auf Grund von Handelshochschulbildung und Auslandspraxis.

Individuelle Tages-, Abend- und Wochenendkurse.

Privat-Handels- u. Sprachunterricht

Jul. C. Schmitz, Dingden i. W.

---

v. Berlepsch'sche

Nisthöhlen

dauerhaft, imprägniert, mit Holzdeckel, die **naturgemäße und dauerhafteste Nistgelegenheit.**

Illustr. Preisliste auf Wunsch. [1131g

Anton Knipping,

Dingden. Tel. Ringenberg 107.

Du schläfst schlecht? bist nervös? bist mürrisch?

Nimm Dr. Hübeners **Luponen,** das von vielen Verzweifelten verwendete Kräuterprodukt, ohne schädlichen Einfluß auf Dein Herz und andere Organe.

Dein gesunder Schlaf kommt sofort wieder! 1083b

Schachtel mit 40 Stück 2.50

Probeschachtel „ 20 „ 1.50

Drogerie Bruns, Nordstr. 22 Ruf 2746